

# PRESSEMITTEILUNG BUNDESSCHÜLERKONFERENZ

## VERBOTE SIND KEINE LÖSUNGEN KOMPETENZEN STATT PROBLEMVERSCHIEBUNG

*In der aktuellen Debatte um ein Verbot von Social Media für bestimmte Altersgruppen hat sich nun auch Bundeskanzler Friedrich Merz geäußert. Er sagte, er habe grundsätzlich „viel Sympathie“ für ein solches Verbot. Die Bundesschülerkonferenz findet den Gedanken grundsätzlich richtig, sieht den Fokus aber zu stark auf Verboten.*

Amy Kirchhoff, Generalsekretärin der Bundesschülerkonferenz: „Als Bundesschülerkonferenz sehen wir, dass Social Media zur immer schlechter werdenden psychischen Gesundheit von Jugendlichen einen erheblichen Beitrag leistet. Das kann man nicht ignorieren. Trotzdem löst ein Verbot allein das Problem nicht. An erster Stelle muss bessere Medienbildung in Schulen stehen, denn sonst ist das Verbot nichts anderes als eine Problemverschiebung.“

Die seit Jahren steigende Zahl psychisch erkrankter Jugendlicher bereitet uns große Sorgen. Dagegen muss dringend etwas getan werden. Genau deshalb machen wir mit unserer Kampagne „Uns geht's gut?“ auf diese Situation und mögliche Lösungen aufmerksam. Ein Social-Media-Verbot für unter 16- oder 14-Jährige kann dabei Teil der Lösung sein, aber eben nicht die einzige Maßnahme.

Damit ein Verbot mittel- und langfristig Wirkung zeigt, braucht es deutlich mehr Medienbildung an Schulen. Jugendliche müssen lernen, welche Inhalte sie auf Instagram und Co. sehen, wie Algorithmen funktionieren, wie man echte Inhalte von KI-generierten unterscheidet und wie man sich vor Abhängigkeit schützen kann.

Eine große Sorge in der aktuellen Debatte ist für uns, dass Politik oft kurzfristig denkt. Wir befürchten, dass ein Social-Media-Verbot nicht als ergänzende Maßnahme in einem langfristigen Konzept gesehen wird, sondern als schnelle Einzellösung. Genau das darf nicht passieren.

Sture Verbote bringen uns nicht weiter. Wir brauchen Medienkompetenz. Jetzt.